

143

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem schweizerischen Außenminister Felber in Bern**

203 (202)-321.11 SCZ
411-420.20 SCZ

29. April 1991¹

(Von BM noch nicht genehmigt)

Konsultationen des Herrn Bundesministers mit dem schweizerischen AM Felber in Bern am 29.4.1991

An dem Gespräch nahmen teil:

BM, Botschafter Dr. Dufner, VLRI Nestroy, VLRI von Arnim, BR Jess, VLR Matussek und VLR Müller auf deutscher Seite;

Bundesrat Felber, StS Blankart (nur EG-Teil), Botschafter Holl, Botschafter Staehelin, Botschafter von Grünigen, Botschafter Ducrey, Botschafter Kellenberger.

Teil 1: Schweiz–EWR/EG²

Bundesrat *Felber* (AM) begrüßte die deutsche Delegation. Er erinnerte an sein langes Vertrauensverhältnis zum BM und bat um eine freie Diskussion. Er wolle insbesondere die Schweizer Probleme mit dem EWR darlegen.

Die Schweiz glaube, durch die Einladung zum EWR in gewisser Weise getäuscht worden zu sein. Delors habe von der Einladung gesprochen, sich frei am Binnenmarkt zu beteiligen. Dieses Konzept für die EFTA habe Delors dann ein Jahr später aber in Frage gestellt, nachdem die EFTA-MS diese Lösung als gutes Mittel der Integration akzeptiert gehabt hätten. Die Schweiz habe zusammen mit den übrigen EFTA-MS ihre Probleme (Agrar, Transit) erläutert und Übergangsregelungen bzw. Ausnahmen vorgeschlagen. Es gehe auch um eine bessere Beteiligung an den Institutionen. Er wolle auch nicht leugnen, dass in den Verhandlungen Fortschritte erzielt worden seien, u. a. weil die EFTA-MS die Substanz ihrer Wünsche stark reduziert hätten. So wollten sie z. B. keine Ausnahmeregelungen auf Dauer mehr, die Laufzeiten solcher Regelungen seien auch stark reduziert auf je nachdem 2–5 Jahre.

Er sehe aber insbesondere im institutionellen Bereich keine Chance auf eine tragfähige Einigung. Jeder Vertrag, der weder eine Möglichkeit zur Beteiligung an der Entscheidung über die Fortentwicklung des *Acquis communautaire* biete, noch ein „opting out“ erlaube, mache die Schweiz zum „Satelliten“. „Das kann ich dem Schweizer Volk nicht verkaufen.“ Der Bundesrat befinde sich so in einer schwierigen Lage. Die Kommission erhöhe ihre Forderungen zu den Agrar- und Transitfragen und nehme frühere Angebote, z. B. zum „opting out“, zurück, auch z. B. zum Gerichtshof. Dies bringe die Schweiz in ein

¹ Kopie.

Der Gesprächsvermerk wurde von VLRI Nestroy und VLRI von Arnim am 30. April 1991 gefertigt.

² Zu den Verhandlungen zwischen der EG- und den EFTA-Mitgliedstaaten über die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) vgl. AAPD 1990, II, Dok. 437.

Dilemma. Die Schweiz wolle die Verhandlungen zu Ende führen, aber sie könne keine Garantie für die Zeichnung oder Ratifikation übernehmen. Sie wolle die anderen EFTA-MS nicht stören. Intern würden nun Alternativen diskutiert, z.B. den EWR-Vertrag dadurch akzeptabel zu machen, dass die EFTA-MS durch eine entsprechende Klausel eine Beitrittsoption zur Gemeinschaft erhielten. Möglich sei auch, den Vertrag als politisch unzulänglich zurückzuweisen und sofort den Beitritt zu beantragen.

Die zweite Alternative sei jedoch riskant, da mit ihr aufgegeben werde, was in den Verhandlungen erreicht worden sei. Man müsse danach wieder bei Null anfangen. Die Bevölkerung könnte auch sagen, dass sie die Integration genauso wenig wolle wie den EWR. In den Schweizer Medien werde das Erreichte nicht beachtet. Sie sähen nur die nicht erreichten Ziele. Dies werde auch im Parlament eine Rolle spielen.

Österreich wolle nun beitreten.³ Auch Schweden habe seine Position total verändert.⁴ Dies habe die Verhandlungsposition der EFTA sehr geschwächt. Die Schweiz wolle aber noch nicht definitiv bekanntgeben, dass sie bereit sei, der Gemeinschaft beizutreten. Das Volk müsse sich dazu aussprechen. Dies mache die Schweizer Position in diesen Verhandlungen sehr delikat. Es gebe in der Bevölkerung zwei Gruppen. Die eine sei für den EWR als Übergang zum Beitritt, während die Gemeinschaft sich noch intern konsolidiert. Die andere Gruppe meine, es sei besser, weiterhin bilateral der Gemeinschaft gegenüberzustehen. Die ganze Frage beunruhige die Schweiz.

Der *BM* erwiderte, es sei verständlich, dass das Gespräch mit dem Thema EWR beginne. Wir hätten niemals Zweifel daran gelassen, dass wir die Schweiz in der Integration sehen wollten. Eine Schweiz, die sich von der Integration fernhielte, wäre uns nicht so nahe, wie sie dies sein könnte.

Was die zukünftige Entwicklung der EG angehe, so hätten die vergangenen zwei Jahre der Integration zusätzliche Elemente der Beschleunigung und der Vertiefung gegeben. Das vereinte Deutschland solle, dies sei der feste Wille der Bundesregierung, nicht den nationalen Weg gehen. Es werde keine Renationalisierung der deutschen Politik geben. Deshalb sei es ein glücklicher Umstand, dass gleichzeitig an der PU, der WWU, dem Binnenmarkt und der GASP gearbeitet werde.

Der Wille anderer Staaten zur Beteiligung werde, wie die Beispiele Österreich und Schweden zeigten, immer stärker. Die MOE-Staaten würden lieber heute als morgen Mitglieder. Es sei eher die Gemeinschaft, die sage, sie müssten noch einen gewissen Weg zurücklegen. Das Ziel sei aber klar. So entwickle sich die Gemeinschaft gleichzeitig in Richtung Union und auf immer mehr Mitglieder hin.

Dies sei das Umfeld der Schweizer Entscheidung. Es gehe nicht um eine gegen die Schweiz gerichtete Entwicklung. Sie habe aber eine elementare Wirkung für die Schweiz. Das Verhältnis EG/EFTA habe sich seit Verhandlungsbeginn⁵ verändert. Es sei nun so, dass der EWR kein langfristiges Modell, sondern eine Art von „Aufwärm-Raum“ für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft sei.

³ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zur EG. Vgl. AAPD 1989, II, Dok. 214.

⁴ Am 12. Dezember 1990 stimmte das schwedische Parlament dafür, einen Antrag auf Beitritt zur EG zu stellen. Vgl. den Artikel „Schwedisches Parlament für Beitritt zur EG“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Dezember 1990, S. 1.

⁵ Zum schwedischen Beitrittsantrag vom 1. Juli 1991 vgl. AAPD 1991, I, Dok. 202, Anm. 4.

⁵ Die Europäischen Gemeinschaften und die EFTA beschlossen am 19. Dezember 1989 in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen zur Begründung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Vgl. AAPD 1989, II, Dok. 424.

Die Gemeinschaft stehe vor komplizierten institutionellen Problemen. Die gegenwärtigen Verfahren seien eigentlich schon für die Zwölf nicht mehr praktikabel. Wenn er z. B. den Aufwand an Zeit vergleiche, den er manchmal für wichtige nationale Gesetze und für nicht immer ähnlich bedeutende EG-Akte aufbringen müsse, so zeige sich ein Missverhältnis. Deshalb zögere man, im EWR Nicht-Mitgliedern größere Rechte einzuräumen. Der europäische Zug sei in Bewegung und bewege sich immer schneller. Der point of no return sei überschritten. Die EG sei zur Fortbewegung verurteilt. Die Schweiz müsse sich deshalb die Frage nach der Mitgliedschaft stellen. Jeder Staat habe seine Interessen. Den größten Einfluss habe man nun einmal, wenn man Mitglied sei. Die Schweiz habe eine andere Geschichte, eine andere Verfassung, andere Institutionen. Dies mache die Perspektive der Mitgliedschaft schwerer. Wir als Deutsche wüssten aber, was Föderalismus bedeute, anders sei dies wohl z. B. in Paris oder London. Wir würden als Deutsche gern sehen, wenn wir mit der Schweiz so eng wie möglich verbunden würden. Die Integration setze sich fort. Wenn es nicht zum EWR käme, dann entferne sich die Schweiz. Ein Mitglied könne aber niemals Satellit sein. Je mutiger die Schweizer Entscheidung ausfalle, desto mehr Einfluss werde sie haben.

AM erwiderte, man habe den BM gut verstanden. Es gehe um Mitgliedschaft. Delors habe allerdings seinerzeit von anderem gesprochen. Der Bundesrat habe die Schweizer Position mehrfach definiert. Er wolle keinen Schweizer Alleingang. Aber wenn die Ratifikation des EWR abgelehnt werden würde, so würde das Streben nach der Mitgliedschaft erschwert. Heutzutage mache die Supranationalität in der Schweiz weniger Angst. Man wisse, dass es um eine föderalistische Struktur gehe. Es werde nicht zentralistisch werden. Es bleibe das Problem der Neutralität. Er wäre deshalb dankbar für eine Bewertung des Verhandlungsstandes zur PU.

StS *Blankart* ergänzte, man sehe die politischen Perspektiven der Entwicklung in Europa sehr genau. Jedoch seien die EWR-Verhandlungen total blockiert, weil die Gemeinschaft nicht in der Lage sei, den EFTA-MS Gleichbehandlung der Vertragsparteien zu garantieren. Dies blockiere auch die Sachfragen Agrar, Fisch, Transit, Übergangsregelungen, Gerichtshof, Fonds und Überwachung. Im Grunde sei das Konzept des EWR verfehlt. Dies werde von der Kommission inzwischen intern auch zugegeben. Man sage sogar, der EWR sei eigentlich nicht zumutbar.

Dies zwingt zur Suche nach Alternativen. Er denke deshalb über einen „EWR light“ nach. Dies wäre eine Konstruktion ohne Schlussstein, also ohne ein gemeinsames Gericht. Dann sei aber auch kein EFTA-Pfeiler mehr erforderlich. Es gehe vielmehr um sechs bilaterale Abkommen der EFTA-MS mit der Gemeinschaft mit Schiedsklauseln. Es gäbe keine Pflicht zum Sprechen mit einer Stimme. Jeder Vertrag könne eine Klausel zur Revision nach vier Jahren erhalten. Der völkerrechtliche Zwang zum Nachvollzug des EG-Rechts entfalle. Notwendig sei also mehr Pragmatik, mehr Hume und weniger Descartes.

Dies würde natürlich Abstriche am Ziel größtmöglicher Homogenität bedeuten, der gerade die nordischen Staaten hohe Priorität einräumten. Manche würden sagen, dies sei ein Scheitern des EWR. Auch ein echtes Scheitern wäre kein Drama. Aber der EWR light könne die Funktion erfüllen, den Weg zur Mitgliedschaft freizuräumen. Über diese selbst müsse später politisch entschieden werden. Er bitte deshalb, diesen Gedanken wohlwollend zu prüfen. Er werde in der Kommission auch an höchster Stelle nicht von vornherein abgelehnt, da er Gesichtswahrung erlaube. Man solle deshalb über diesen Gedanken in Kontakt bleiben.

Der *BM* antwortete, man müsse fairerweise einräumen, dass Delors seinerzeit in einer anderen Welt gesprochen habe. Die Entwicklung seitdem sei nicht vorhersehbar gewesen, weder außerhalb noch innerhalb der EFTA. Wir hätten gelernt, dass Pragmatismus manches erleichtere. Wir seien bereit, den Gedanken der Schweizer Seite zu prüfen. Wir wollten keinen Rückschlag in den Beziehungen EG–Schweiz. Wie stünden die EFTA-Partner dazu?

StS *Blankart* erwiderte, insbesondere die nordischen Staaten legten großen Wert auf die Homogenität der für den erweiterten Binnenmarkt geltenden Regelungen.

BM erläuterte, es zeichneten sich bis zum Jahresende große Fortschritte bei der Vereinbarung einer Außen- und Sicherheitspolitik ab. Was die Verteidigungspolitik angehe, so sei es komplizierter wegen der NATO. Die Verwendung der WEU erleichtere aber Nicht-NATO-MS, sich an der GASP zu beteiligen. Die Verteidigungspolitik werde sich also wohl⁶ in der WEU entwickeln. Der Europäische Rat gebe auch für die WEU politische Vorgaben, so dass die jeweils betroffenen MS sich parallel verhalten könnten. Die WEU-Verwendung erlaube es Ländern wie Irland, an der GASP mitzuwirken. Dies gelte auch für Beitrittskandidaten. Das Mondorfer Treffen habe gezeigt, dass sich das Denken zur GASP aneinander annähere.⁷ Schwierig bleibe die Verteidigungspolitik, aber in der Außen- und Sicherheitspolitik gehe es vorwärts. Das Ziel bleibe das Genscher/Dumas-Konzept⁸.

AM Felber fragte, ob in den Verhandlungen die Frage der Behandlung neutraler Länder eine Rolle spiele.

BM erwiderte, dies sei schon wegen Irland der Fall, aber auch wegen Österreich und Schweden sowie in Bezug auf Polen, die ČSFR und Ungarn. Die schließliche Regelung müsse auch für diese Staaten akzeptabel sein. Auch deshalb sei es sinnvoll, die Verteidigungspolitik der WEU zuzuweisen. Die Außen- und Sicherheitspolitik gebe aber die erforderlichen politischen Vorentscheidungen. Eine Forderung nach Doppelmitgliedschaft in EG und WEU gebe es nicht.

AM Felber wies darauf hin, dass es in Österreich und Schweden Sorgen gebe, dass sich ihr Beitritt verzögern würde, wenn die Schweiz ebenfalls Mitglied werden solle. Andererseits sei es für die Schweiz wichtig, dass die PU sich so entwickle. Wie seien die Fristen für Verhandlungen über neue Mitgliedschaften?

Der *BM* verwies auf die Vollendung des Binnenmarktes bis zum 1.1.93. Gleichzeitig wollten die MOE-Staaten so rasch wie möglich Mitglieder werden. Dies bedürfe natürlich eines wirtschaftlichen Anpassungsprozesses. Sie brauchten aber, gerade um die Durststrecke zu überwinden, eine reale, nicht nur eine deklaratorische Beitrittsperspektive. Dabei müsse man auch die eventuelle Reaktion der SU in Rechnung stellen. Sie werde die Mitgliedschaft in der EG wohl nicht ablehnen. Sie sehe die EG als Stabilitätszone. Wenn

⁶ Korrigiert aus: „obwohl“.

⁷ In Mondorf-les-Bains fand am 27./28. April 1991 ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Im Mittelpunkt standen Fragen zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere das Verhältnis zwischen WEU, EPZ und NATO. Weitere Themen waren der Friedensprozess im Nahen Osten, die humanitäre Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge im Irak und Fragen der Rüstungsexportkontrolle. Vgl. den Gesprächsvermerk; PA/AA, B1 (Ref. 010), Bd. 178932. Vgl. ferner AAPD 1991, I, Dok. 147, Anm. 24.

⁸ Für das am 4. Februar 1991 von *BM Genscher* und dem französischen *AM Dumas* gebilligte und am 6. Februar 1991 veröffentlichte Papier über die „sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Politischen Union“ vgl. WERNER WEIDENFELD (Hrsg.), Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union, Gütersloh 1994, S. 119–122.

Stabilität ihre Westgrenze erreiche, sei das positiv. Dagegen betrachte sie die Mitgliedschaft in der NATO als Herausforderung. Dies habe mehr psychologische als reale Ursachen, sei aber ein Faktum.

2. Teil: Politische Themen

BM berichtete weiteres über seinen kürzlichen Besuch in Prag⁹, wo er sehr offen über diese Themen gesprochen habe. Es gehe natürlich nicht darum, dass irgendjemand diesen Ländern vorschreiben könnte, was sie tun könnten. Er habe am 26.4. mit AM Skubiszewski über die zehn Prager Thesen gesprochen.¹⁰ Er habe keine Einwendungen gehabt, sondern zwei weitere Thesen hinzugefügt, die aber in die gleiche Richtung gingen.

Es sei zwar richtig, dass die SU an Machtstatus verloren habe. Die USA seien aber gut beraten, die SU weiter als ebenbürtig zu behandeln. Darum bemühe sich Baker sehr. Darüber könne man sich nur freuen. Denn trotz der Schwäche besitze die SU weiterhin die Möglichkeit zu stören.

Die entsprechende Behandlung ermögliche also den MOE die Mitgliedschaft in Europarat und EG. Dies biete ihnen Sicherheit und mache sie zum Bindeglied nach Osten. Dies sei wichtig für die KSZE.

BM erläuterte weiterhin die zehn Prager Thesen im Einzelnen, was von der Schweizer Seite mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Zur Berliner KSZE-AM-Konferenz¹¹ betonte BM, dass dieser eine hohe politische Bedeutung beikomme: Sie solle der Beginn einer zweimal jährlich stattfindenden Praxis sein, und darauf ausgerichtet sein, operativ etwas zu bewirken. So sei es z. B. vorstellbar, zur Vermeidung von 34 AM-Reden vorzuschlagen, vor der Konferenz die jeweiligen Überlegungen in Form einer Denkschrift den anderen Regierungen mitzuteilen. Danach wäre zu entscheiden, dass auf der eigentlichen Konferenz nur über ein oder zwei Themen intensiv diskutiert würde.

BM erwähnte, dass er in Kürze mit AM Baker über die Ausgestaltung des KVZ¹² sprechen werde.¹³ Dieses müsse zu einem handlungsfähigen Organ werden, das als Grundlage für die künftige europäische Sicherheitsstruktur dient. Im Übrigen müsse man sich fragen, warum es nicht in Zukunft auch einen Europäischen Sicherheitsrat geben solle.

Zur Frage des Austritts von Teilrepubliken aus der SU erläuterte BM, dass Moskau Sorge haben müsse, dass diese Teilrepubliken das Lager wechseln könnten. Insbesondere gelte dies für die baltischen Republiken. Im Übrigen sei davon auszugehen, dass es eigentlich nur fünf

⁹ BM Genscher hielt sich am 11. April 1991 in der ČSFR auf. Für sein Gespräch mit dem tschechoslowakischen AM Dienstbier und das deutsch-tschechoslowakische Zehn-Punkte-Papier („Prager Thesen“) vgl. AAPD 1991, I, Dok. 124.

¹⁰ Im Gespräch mit BM Genscher am 26. April 1991 in Weimar legte der polnische AM Skubiszewski dar, in Ziffer 8 der „Prager Thesen“ sei der Regionalismus „nicht berücksichtigt“. Skubiszewski erläuterte „die beginnende Dreierkooperation zwischen Polen, der ČSFR und Ungarn. Ein wichtiges Element der Abstimmung sei die Frage der Sicherheitsklausel in den Verträgen mit der SU. Im sowjetischen Vertragsentwurf mit Ungarn sei eine sehr weitgehende Klausel enthalten: UNG solle gewährleisten, dass militärische Einrichtungen in UNG nicht gegen die SU benutzt würden und nichts unternommen werde, was gegen die SU gerichtet sei. [...] Darunter könne bei entsprechender Auslegung auch eine ‚wirtschaftliche Aggression‘ verstanden werden.“ Vgl. den Gesprächsvermerk; PA/AA, B 1 (Ref. 010), Bd. 178929.

¹¹ Zur ersten Sitzung des KSZE-Außenministerrats am 19./20. Juni 1991 vgl. AAPD 1991, I, Dok. 212.

¹² Zum KSZE-Konfliktverhütungszentrum in Wien vgl. AAPD 1991, I, Dok. 121.

¹³ Für das Gespräch des BM Genscher mit dem amerikanischen AM Baker am 10. Mai 1991 in Washington vgl. AAPD 1991, I, Dok. 159.

Teilrepubliken sind, die aus der SU austreten wollten, nämlich die drei baltischen sowie Moldawien und Georgien. Die übrigen Teilrepubliken sähen ihre Zukunft innerhalb der SU. Die KSZE könne und solle auch den Prozess innerhalb der SU erleichtern. Dies komme auch den westlichen Nachbarn wie Polen und ČSFR zugute, die große Sorgen vor der Entwicklung in der SU hätten.

BM begrüßte zum Schluss dieser Ausführungen die außerordentlich große Übereinstimmung zwischen D und CH in allen KSZE-Fragen.

AM *Felber* unterstrich seinerseits nochmals das Schweizer Interesse an der KSZE. Er erwähnte Albanien, das vielleicht bald Mitglied sein könne. Insbesondere komme der Abrüstung große Bedeutung zu. Ebenfalls sei das KVZ eine der wichtigsten, zukunftsreichsten Institutionen der KSZE. Allerdings sei es notwendig, in diesem Zusammenhang die Abstimmungsmodalitäten wesentlich weniger kompliziert zu gestalten als bisher vorgesehen. Zur Berliner KSZE-AM-Konferenz bemerkte er, dass diese nicht zu einer „Liturgie“ werden dürfe. Vor allen Dingen müsse es eine offene Diskussion geben. Das New Yorker Außenministertreffen habe damals für ihn eine überraschende, positive Wende gebracht.¹⁴ Auf dieser könne aufgebaut werden. Insgesamt müsse das Ziel sein, die Effektivität der Außenministerkonferenz wesentlich zu erhöhen. Dazu könne die Beschränkung auf zwei Themen wesentlich beitragen.

Zur KSE-Problematik seitens der SU¹⁵ bemerkte er, dass die Schweiz alles Erforderliche unterstützen würde, was die Ratifikation vor Helsinki II¹⁶ fördern würde.

AM *Felber* betonte, dass die Schweiz in der Zukunft besonders aktiv an den Maßnahmen zur Abrüstung teilnehmen wolle.

BM erwiderte, dass er im Zusammenhang mit KSE an eine bevorstehende Verständigung mit der SU glaube. Sein Besuch in Moskau und die Gespräche mit Gorbatschow¹⁷ ermutigten ihn zu dieser Annahme. Allerdings sei unverkennbar, dass das sowjetische Militär versuche, die von der zivilen Regierung in Moskau eingeräumten Zugeständnisse wieder zurückzufahren. Hingegen sei die politische Führung der SU bestrebt, jeder Verschlechterung des Verhältnisses zu Washington aus dem Wege zu gehen. Dasselbe gelte gegenüber Westeuropa. Gorbatschow wolle den neuen Nimbus erhalten, dass die SU kooperationsfähig sei. Wie beschränkt Gorbatschow in seinen Möglichkeiten sei, habe dessen Besuch in Japan¹⁸ gezeigt.

BM erwiderte auf die Frage von AM F. nach der Zukunft von Gorbatschow, er beteilige sich nicht an derartigen Diskussionen. Wir hätten früher die Sowjetunion wegen der demokratischen Mängel kritisiert. Jetzt seien viele Beobachter durch die innere Kritik an Gorbatschow verunsichert. Im Übrigen habe Gorbatschow auch wieder jüngst bewiesen, wie stark sein Durchhaltevermögen sei.

¹⁴ Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Mitgliedstaaten am 1./2. Oktober 1990 vgl. DIE EINHEIT. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin von Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Wirsching, bearbeitet von Heike Amos und Tim Geiger, Göttingen 2015, Dok. 164.

¹⁵ Zur sowjetischen Auslegung des KSE-Vertrags vom 19. November 1990 vgl. AAPD 1991, I, Dok. 85.

¹⁶ Das vierte KSZE-Folgetreffen fand vom 24. März bis 10. Juli 1992 in Helsinki statt, am 9./10. Juli auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Vgl. AAPD 1992, II, Dok. 226.

¹⁷ BM Genscher besuchte am 17./18. März 1991 die UdSSR. Für sein Gespräch mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow am 18. März 1991 vgl. AAPD 1991, I, Dok. 103 und Dok. 104.

¹⁸ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte vom 16. bis 19. April 1991 Japan. Für die sowjetischen Gesprächsvermerke vgl. MICHAEL S. GORBATSCHOW, Sobranie sočinenij, Bd. 25, S. 219–319.

AM *Felber* antwortete, die Schweiz versuche, so gut und weit wie möglich mit Gorbatschow zusammenzuarbeiten. Problematisch sei im Moment aber z. B., dass man keinerlei konkrete Auskunft über die Verwendung der westlichen Hilfe in der SU erhalte; dies gelte allerdings auch für Osteuropa. Er fragte, ob wir in D die Migrationsproblematik z. Zt. besonders hoch einschätzten.

BM antwortete, dass dem z. Zt nicht bzw. noch nicht so sei. Bei Einwanderungen aus der SU sei derzeit noch nicht abzusehen, wie viele Deutschstämmige nach D kommen wollten. Dies hänge im Wesentlichen davon ab, welche Perspektiven den Deutschen seitens der Moskauer Regierung gegeben werden könnten. Die Errichtung einer deutschen Republik sei weniger als Siedlungsgebiet der Deutschen in der SU gedacht, als vielmehr psychologischer Stützpunkt und Ausdruck der Anerkennung der Deutschen als vollgültige sowjetische Bürger. Dieses Signal sei wichtig, damit sich die Deutschen in der SU als dort erwünscht fühlen könnten. Bei einem schlechten Ausgang dieser Problematik sei mit einer großen Auswanderung nach D zu rechnen.

Interessant sei, dass aus der ČSFR und in etwas eingeschränktem Maße auch aus Polen z. Zt. kein großer Auswanderungsdruck in Richtung D zu verspüren sei. Dies könne sich natürlich ändern, sobald sich in der SU negative Entwicklungen akzentuieren.

AM *Felber* berichtete über seine Reise in den Iran kurz nach Ostern.¹⁹ Näher ging er auf das Projekt der KSZM ein.²⁰ Iran sei wenig begeistert von diesem Projekt. Seine Prioritäten lägen bei der Entwicklung des Golfes und der engeren Nahostregion als solcher. Eines der Probleme im Rahmen einer KSZM sei die dann unvermeidliche Anerkennung Israels. Unverkennbar sei die Absicht Teherans, im Golfbereich stärkste und wichtigste Macht zu sein. Interessant seien einige Entwicklungen im Verhältnis zu den USA: Offenbar sei man nunmehr bereit, über die USA erst einmal überhaupt zu sprechen. Man erwarte aus Washington Zeichen des guten Willens. Es sei allerdings außerordentlich schwer zu erkennen, wie ein solches Signal aus Washington aussehen solle. Insgesamt sei zu bemerken, dass in Teheran einerseits der Wille zur Öffnung, andererseits aber auch größte Vorsicht vorherrsche.

BM unterstrich, dass Iran bei jeglicher Regelung des Golfes voll einbezogen werden müsse. Er erwähnte seine bevorstehende Reise nach Teheran.²¹ Dabei werde er auch die Frage der Geiseln²² ansprechen. Begrüßenswert sei die Verbesserung der

¹⁹ Der schweizerische AM *Felber* hielt sich am 3./4. April 1991 im Iran auf.

²⁰ Zum Vorschlag einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vgl. AAPD 1991, I, Dok. 125, Anm. 17.

²¹ BM Genscher besuchte vom 6. bis 8. Mai 1991 den Iran. Vgl. AAPD 1991, I, Dok. 156.

²² LRI Fernau hielt am 8. April 1991 fest, das luxemburgische Außenministerium habe mitgeteilt, „dass die EPZ-Troika auf AM-Ebene das Problem der westlichen Geiseln am 3. April 1991 mit AM Velayati in Teheran besprochen habe. Die Troika habe Velayati eine Liste mit den Namen von zwölf westlichen Geiseln – darunter Strübig/Kemptner – übergeben. Velayati habe die Liste zur Kenntnis genommen und seinerseits auf fünf seit 1982 im Libanon verschwundene Iraner hingewiesen. Darüber hinaus habe Velayati 400 libanesische Bürger erwähnt, die von den Israelis festgehalten werden. Hinsichtlich letzterer habe Velayati den Zusammenhang mit den westlichen Geiseln hergestellt, indem er den Begriff ‚Reziprozität‘ verwandte. Velayati habe die Troika gebeten, sich bei den israelischen Behörden für die Freilassung der 400 Libanesen einzusetzen.“ Vgl. PA/AA, B 36 (Ref. 310), Bd. 196201.

Am 18. April 1991 notierte Fernau, nach Angaben des BND habe „der israelische Partnerdienst [...] in einem kürzlichen Gespräch klargestellt, dass keine Macht – selbst die USA nicht – Israel dazu veranlassen könne, die schiitischen Kämpfer ohne die von Israel geforderte Gegenleistung freizulassen. Auf der anderen Seite könne – so der israelische Partnerdienst – selbst Teheran oder auch Damaskus in dieser Frage den Schiiten im Libanon nichts befehlen.“ Vgl. PA/AA, B 36 (Ref. 310), Bd. 196201.

Beziehungen zwischen Iran einerseits und Saudi-Arabien sowie den Golfstaaten andererseits. Von besonderer Bedeutung sei dabei, dass die Integrität des Irak erhalten bleiben müsse.

BM lud abschließend AM F. zu einem baldigen Besuch in D ein. Er bemerkte, dass er für das Treffen dann einen Ort in den neuen Bundesländern auswählen werde. Weiterhin freue er sich auf seinen Besuch in Bern am 14. Juni d. J. aus Anlass der 700-Jahr-Feier der Schweiz.²³

PA/AA, B 1 (Ref. 010), Bd. 178930

²³ BM Genscher hielt sich am 14. Juni 1991 in der Schweiz auf.